

Demografischer Stress in der entwickelten Welt

Die Folgen der Alterung von Gesellschaften für die Staatsfinanzen werden oftmals unterschätzt

Nicht nur die Bankenkrise, auch der Alterungsprozess setzt die Regierungen unter Druck. In Analogie zu Banken-Stresstests drängen sich mit Blick auf die zukünftig schwerer werdenden sozialpolitischen Lasten demografische Stresstests auf.

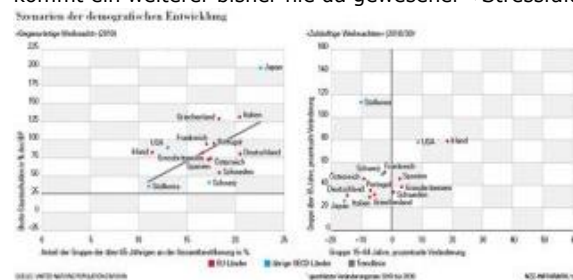
Nicholas Eberstadt, Hans Groth

Die Verwerfungen an den Finanzmärkten sind noch längst nicht ausgestanden, sie haben seit geraumer Zeit die Euro-Zone voll erfasst, und sie sind eine Herausforderung für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung. Verunsicherung herrscht im «Euro-Land», angeheizt durch die wachsenden Sorgen über die plötzlich ins allgemeine Bewusstsein gerückten Staatsverschuldungen. Die Skepsis fing mit Griechenland an: Kann das Land seinen Verpflichtungen überhaupt und, wenn ja, wann nachkommen? Das Land hat zurzeit eine Staatsverschuldung von 129% seines Bruttoinlandproduktes (BIP).

Bankenkrise schlägt Wunden

Beunruhigen muss auch die Situation in Irland, Spanien, Portugal und Italien. Die OECD schätzt, dass Griechenland allein 6% des BIP für Zinszahlungen aufzubringen hat. Italien liegt nicht viel darunter: 5% des BIP – im Vergleich mit 2,8% für die Euro-Zone oder 2,1% für den OECD-Raum. Insgesamt haben die «PIIGS»-Regierungen (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) ungefähr 1200 Mrd. € Schulden angehäuft, was gut 100% der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht. Angesichts der unausgeglichene Staatshaushalte dürfte die Verschuldung weiter steigen.

Doch nicht nur in den «PIIGS»-Staaten wird die Verschuldung steigen: Die jetzigen Turbulenzen sind im Ursprung eine Krise der Finanzwirtschaft. Derartige Krisen waren für den Steuerzahler stets teuer. Die Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff von der Universität Princeton kommen in einer unlängst veröffentlichten Analyse zum Schluss, dass Banken Krisen etwa 4 oder 5 Jahre dauern und mit einer um etwa 80% gestiegenen Staatsverschuldung enden werden. Realökonomisch bedeutet dies, dass bis 2012/13 ein wohl eher kraftloses Wachstum für die OECD-Staaten zu erwarten ist, begleitet von steigenden Staatsschulden. Damit wird nach dem Ende der jetzigen Krise der Druck auf die Staatshaushalte noch härter – und bedingt durch unaufhaltsame demografische Veränderungen besonders in den westlichen Industrienationen kommt ein weiterer bisher nie da gewesener «Stressfaktor» hinzu.



(Bild: NZZ-Infografik / tcf.)

Im Gegensatz zu Finanz- und Wirtschaftsprognosen sind demografische Vorhersagen ziemlich verlässlich. Sie zeichnen für die nächsten 10 bis 20 Jahre eine völlig andere westliche Welt als diejenige, die wir heute kennen. Die demografische Herausforderung, mit der sich die OECD-Länder auseinandersetzen müssen, lässt sich grafisch einprägsam aufzeichnen: Offensichtlich korreliert die Staatsverschuldung mit der zunehmenden Alterung. Charles Dickens, Autor der

Novelle «A Christmas Carol», verzeiht sicher die Anspielung auf seine Trilogie der «vergangenen», «gegenwärtigen» und «zukünftigen Weihnacht».

In der «vergangenen Weihnacht», also vor zwei Jahrzehnten, gab es keine klare Korrelation zwischen dem Altersprofil einer Nation und ihrer Staatsverschuldung. Seither stieg der Altersdurchschnitt, das heisst die Zahl jener Personen, die Renten und solidarisch subventionierte Gesundheitsleistungen am stärksten beanspruchen, in den Industriestaaten jedoch deutlich an. Ein Zusammenhang zwischen dem «Grad des Vergrauens» eines Staates und seiner Verschuldung ist angesichts einer stetig alternden Bevölkerung heute kaum mehr zu leugnen.

Das Diagramm «gegenwärtige Weihnacht» illustriert, dass es heute bei den OECD-Staaten sehr wohl eine Beziehung zwischen Staatsverschuldung und dem Anteil seiner Bürger über 65 Jahre gibt. Natürlich gibt es zahlreiche weitere Umstände, die ausser dem Gesundheitswesen, der Langzeitbetreuung und den Renten die Zunahme von Staatsschulden beeinflussen. Aber jeder Prozentpunkt, um den die über 65-Jährigen in einer Gesellschaft zunehmen, löst bei der auf das BIP bezogenen Staatsverschuldung einen Anstieg von ungefähr 7 Prozentpunkten aus.

Zwischen 1990 und 2010 hat, so eine Studie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die Schuldenquote 21 führender westlicher Industriestaaten um 40 Punkte zugenommen. Im gleichen Zeitraum nahm nach Schätzungen der United Nations Population Division (UNPD) der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen um mehr als 3 Prozentpunkte zu. Folgt man dieser zugegebenermassen groben Rechnung, wäre in den westlichen Wohlfahrtsstaaten die Alterung der Bevölkerung als Ursache für etwa die Hälfte des Schuldenzuwachses anzusehen.

Und wie sehen «zukünftige Weihnachten» aus? Gemäss UNPD-Prognose wird sich der Alterungsprozess bis 2030 sogar beschleunigen: Die «65 plus»-Gruppe in den Industriestaaten wird bis dahin um mehr als 6 Prozentpunkte wachsen, das ist etwa doppelt so viel wie in den letzten 20 Jahren. Zudem sehen sich die meisten OECD-Länder in den kommenden 20 Jahren mit einem Rückgang ihrer arbeitsfähigen Bevölkerung konfrontiert; üblicherweise wird diese als Gruppe der 15- bis 64-Jährigen definiert. Die UNPD-Projektionen gehen hierbei von einer Nettozuwanderung in den OECD-Raum aus. Sollte dieser Zuwandererstrom versiegen, würde der Rückgang der arbeitsfähigen Bevölkerung umso stärker ausfallen.

Nahes und fernes Ausland

Aus Schweizer Sicht sind die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des demografischen Wandels in Deutschland, Frankreich, Italien, in den USA und in Japan nicht zu unterschätzen: Diese fünf Länder stehen zurzeit für über die Hälfte des gesamten Schweizer Handelsumsatzes. Ausserdem stehen Deutschland, die USA und Japan für die Länder mit den wichtigsten Weltwährungen – Euro, Dollar und Yen. Seit fast 40 Jahren hat Deutschland eine Gesellschaft mit «Netto-Sterblichkeit»; es gibt also mehr Sterbefälle als Geburten. Die Geburtenrate liegt etwa 35% unter jenem Niveau, das die Wohnbevölkerung langfristig konstant halten würde. Deutschland schrumpft, und man fragt sich, wie schnell und wie weit die Entvölkerung in den nächsten 20 Jahren voranschreiten wird. 2030 könnte das Durchschnittsalter in Deutschland etwa bei 50 Jahren liegen (gegenwärtig 43 Jahre), der «65 plus»-Anteil dürfte zwischen 2010 und 2030 um etwa 30%, derjenige von «80 plus» um fast 50% zunehmen. Dies bedeutet auch steigende Ausgaben für den gut ausgestatteten deutschen Sozialstaat. Und gleichzeitig nimmt die Zahl der Arbeitsfähigen – also derjenigen, die dies alles finanzieren – um ungefähr 15% ab; bliebe die eingerechnete Zuwanderung gänzlich aus, so die Statistikbehörde Eurostat, sogar um 22%.

Zwar haben die Deutschen immer fleissig gespart, aber diese gewaltigen demografischen Veränderungen werden zwangsläufig Druck auf private Ersparnisse und den Staatshaushalt auslösen. 2007, also vor Ausbruch der Bankenkrise, lagen Deutschlands Brutto-Staatsschulden bei 65% des BIP, merklich unter dem damaligen OECD-Schnitt von 73%. Deutschland, so die BIZ-Prognose, wird bis 2030 enorme Staatsschulden anhäufen, wenn nicht grössere Korrekturen in der Steuer- und Sozialpolitik erfolgen. Ohne Korrekturen könnte die Schuldenquote bis 2030 auf über 200% des BIP steigen. Deutschland kann unter dieser Prämisse schwerlich Garant eines stabilen Euro sein.

Pluspunkte für Grande Nation

Wie Deutschland wird auch Italiens Bevölkerung in den kommenden 20 Jahren schrumpfen und altern. Das Durchschnittsalter dürfte 2030 die 50-Jahre-Marke erreichen; über ein Viertel der italienischen Bevölkerung wird dann 65 Jahre und älter sein, knapp 9% älter als 80. Im Gegenzug dürfte nach UNPD-Schätzungen die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung in Italien um etwa 8% sinken; Eurostat vermutet, dass diese ohne eingerechnete Zuwanderung um über 20% sänke. Italiens derzeitige Staatsverschuldung beträgt über 100% des BIP; die BIS-Studie prognostiziert für 2030 eine Brutto-Staatsschuld von 200%, mit jährlichen Zinsen von etwa 10% des BIP. Damit ist Italiens Dolce Vita ernstlich gefährdet, wenn nicht beendet. Frankreich ist bei der Bewältigung der demografischen Herausforderung Westeuropas Vorzeigekind – zumindest

glaubt man dies dort. Wegen höherer Geburtenraten kann ein etwas geringerer Anteil Älterer erwartet werden als in Deutschland oder Italien: Zurzeit liegt das Land nur etwa 10% unter jenem Niveau, das die Bevölkerungszahl konstant hält. Indessen ist es kaum möglich, festzustellen, wie die ethnische Zusammensetzung dieser vergleichsweise hohen Geburtenraten aussieht.

Die UNPD sagt, dass auch Frankreichs arbeitsfähige Bevölkerung bis 2030 langsam, aber stetig abnehmen werde – und rapide, sollte die Zuwanderung abnehmen bzw. ausbleiben. Aufgrund grosszügiger Transferleistungen des Staates vor allem an Ältere werden daher die Staatsschulden zukünftig stark steigen: Laut BIZ wird Frankreich bis 2030 eine Schuldenquote von gut 300% des BIP erreichen. Ob diese Schulden mit entsprechenden Zinslasten tragbar sind, ist offen. Japan hat weltweit die älteste Bevölkerung – und dies wird auch in absehbarer Zukunft so bleiben. Erwartet wird bis 2030 ein Durchschnittsalter von 52 Jahren. 2030 könnten unglaubliche 30% oder mehr älter als 65 Jahre sein, und fast 13% werden 80 oder älter sein. Die Zahl der Arbeitenden in Japan fällt bereits seit Mitte der neunziger Jahre, und sie wird laut UNPD in den nächsten 20 Jahren um weitere 16% sinken. Ursache hierfür sind einmal mehr die tiefen Geburtenraten, der Unwille oder die Unfähigkeit, eine angemessene Zahl an Einwanderern überhaupt in Japan ansässig zu machen, sowie eine exzellente Gesundheitsversorgung.

Diese Umstände tragen dazu bei, dass Japans Bevölkerung im Jahr 2030 eine Lebenserwartung von 90 Jahren haben wird. Schon heute liegt Japans Brutto-Staatsschuld bei 200% des BIP. Dies ist das Ergebnis eines jahrelangen Defizits aufgrund wirtschaftlicher Stagnation und einer beginnenden Deflation. Ändert sich nichts, wird nach BIZ-Schätzungen Japans Staatsschuld 2030 rund 600% des BIP erreichen. Japans Staatsanleihen werden derzeit unter 1% verzinst. Bliebe dies so, würden derart grosse Schulden zwar nicht eine schwere Krise auslösen, aber dennoch äusserst belastend wirken. Und dann gibt es noch die USA. Amerika ist in der OECD die «demografische Ausnahme»: Es gibt eine relativ hohe Geburtenrate und stabile Zuwanderungsströme, wenn auch ungefähr die Hälfte laut amtlichen Angaben illegal einwandert. Somit kann eine kontinuierlich wachsende Zahl an Arbeitskräften erwartet werden, heute wie auch in absehbarer Zukunft bis 2030. Auch künftig sind die Vereinigten Staaten die «jugendlichste» westliche Gesellschaft: Das Alter dürfte im Schnitt 2030 bei unter 40 Jahren liegen. Allerdings haben die USA ein ganz anderes Problem: Seit gut 40 Jahren nimmt der Vorsprung wichtiger Gesundheitsindikatoren zu den übrigen westlichen Staaten stetig ab. 2005 übertrafen etwa die neuen Bundesländer Deutschlands die USA punkto Lebenserwartung um ein Jahr, wohingegen noch 1985 die Bewohner der USA eine um drei Jahre höhere Lebenserwartung hatten.

Gegenseitige Abhängigkeiten

Die Kosten des US-Gesundheitssystems sind weltweit die höchsten; laut einer Studie aus dem Jahr 2003 waren die ungedeckten Leistungen des Gesundheitssystems damals etwa zehnmal so hoch wie die der Sozialversicherung – Tendenz steigend, auch aufgrund der jüngsten «Gesundheitsreform». Derzeit beträgt die Brutto-Staatsschuld etwa 90% des BIP, wobei der Staat zurzeit ein jährliches Defizit von 10% des BIP in Kauf nimmt. Setzt sich dieser Trend fort, wird die US-Staatsschuld laut BIZ 2030 bei 300% des BIP liegen. Wollte man die US-Zinslast auf Vorkrisenniveau halten, wäre dafür ein jährlicher Haushaltsüberschuss von 2,4% des BIP in den kommenden 20 Jahren nötig. Und wie steht es um die Schweiz, bzw. was bedeutet dies alles für die Schweiz? Nach letzten Schätzungen des Bundesamts für Statistik könnte die Bevölkerungszahl bis 2030 langsam auf etwa 9 Mio. wachsen – trotz anhaltend niedrigen Geburtenraten, aber als Folge einer aktiven Zuwanderungspolitik, etwa bei hochqualifizierten Arbeitskräften aus der EU. Dennoch geht die UNPD davon aus, dass die Zahl der Arbeitskräfte zwischen 2010 und 2030 leicht fallen wird, wohingegen die «65 plus»- und die «80 plus»-Gruppe auf 24% bzw. 7% wachsen werden. Das sind etwa 2,2 Mio. Menschen im Pensionsalter gegenüber heute 1,3 Mio. bzw. 630 000 gegenüber 380 000 im Alter von 80 Jahren und mehr.

Trotz relativ günstigen Gesundheitsprofilen und einem vergleichsweise hohen Renteneintrittsalter – im Schnitt über 65 Jahre für Männer und 64 für Frauen 2007 – sind ein zunehmender Druck auf AHV, IV usw. sowie steigende Staatssubventionen für das Gesundheitswesen zu erwarten. Bleibt alles gleich, muss die Schweiz entweder neue Steuereinnahmen für diese Programme suchen oder diese durch Kredite finanzieren, was mit Sicherheit nicht ohne Folgen für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit bleiben wird. Zurzeit weist die Schweiz eine der geringsten OECD-Schuldenquoten auf: etwa 45% des BIP; der Staatshaushalt ist mehr oder weniger ausgeglichen.

Dies bedeutet nicht automatisch, dass das Land diese glänzende Stellung künftig wird halten können. Die Schweiz ist ein Exportland mit einem Handelsumsatz, der grösser ist als sein BIP. Selbst wenn die Schweiz die demografischen Herausforderungen meistert, werden die mittel- und langfristigen Aussichten des Landes in hohem Masse von externen Kräften gesteuert. Erstens von der Weltwirtschaft sowie den wichtigsten Handelspartnern und zweitens von deren Fähigkeit, ihre Herausforderungen hinsichtlich Demografie und Schuldenlast erfolgreich anzugehen.

Schleichende Gefahren

Als Fazit kommen wir zu folgendem Schluss: Es gibt berechtigten Grund zur Sorge, dass Demografie und Verschuldung in den kommenden Jahrzehnten das Schicksal der heute führenden Industrienationen beeinflussen werden. Werden Erwerbsleben und Ruhestand, Renten und Gesundheitspolitik, Kredite und Ausgaben durch die Regierungen nicht grundsätzlich überdacht, kann sich eine problematische Konstellation entwickeln. Mit jedem Jahr der Untätigkeit werden die Folgen gravierender.

Als mediale Folge der gegenwärtigen Finanzkrise sind Bürger und Politiker mittlerweile mit dem Stresstest-Konzept vertraut, das Kreditwürdigkeit und Zuverlässigkeit von Banken bewerten soll. Es ist höchste Zeit, dass sich die westlichen Volkswirtschaften auch einem demografischen Stresstest unterziehen, damit Wähler und Gewählte auf dem Laufenden sind. Nur mittels Wissen und Sachverstand können wirksame Strategien entwickelt werden.

Finanzielle Krisen können plötzlich und ohne Vorwarnung ausbrechen. Demografischer Druck dagegen baut sich langsam auf, vielleicht zu langsam, um bemerkt zu werden. Dennoch kann er die wirtschaftliche und soziale Landschaft eines Landes im Laufe einer Generation grundlegend und unumkehrbar verändern, einschneidender als jede noch so dramatische Finanzkrise. Es ist heute in groben Zügen bekannt, wie sich die Bevölkerung in der westlichen Welt in den nächsten 10 bis 20 Jahren entwickeln wird. Es fragt sich, ob die Bereitschaft da ist, diese Prognosen zu verstehen und auf ihrer Grundlage ernsthaft zu handeln. Ebenezer Scrooge – die Hauptfigur in «A Christmas Carol» von Charles Dickens – hat seine Schlüsse aus dem Schicksal seines Partners Marley und den Geistern der vergangenen, der gegenwärtigen und der zukünftigen Weihnacht gezogen. Wie steht es mit uns?

Nicholas Eberstadt ist Inhaber des Henry-Wendt-Lehrstuhles für Politische Ökonomie am American Enterprise Institute in Washington D. C. Hans Groth ist Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen, wo er im Fach «Global Demographic Change» unterrichtet, sowie Mitglied der Geschäftsführung von Pfizer/Schweiz.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/demografischer_stress_in_der_entwickelten_welt_1.7441325.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
